

programme für China (geplant von Pater L. Dany, Hongkong) geben zwar Zeugnis von Bemühungen ab, dürften auf die Dauer aber die Kirche nicht ersetzen können. Die Auslandschinesen lassen hoffen, und der aufkommende Dialog Christen—Marxisten wird vielleicht eines Tages auch die Chinesen einbeziehen können. Man wird in Zukunft den Chinesen noch mehr das Gefühl geben müssen: „das ist unsere Kirche und nichts Fremdes“. In vielen Punkten können Matteo Ricci und Vincent Lebbe Vorbilder für die künftige Arbeit sein. Anknüpfungspunkte bieten sich vielleicht auch im Hinblick auf eine neue Einstellung der Kirche gegenüber den Problemen der Dritten Welt, wie sie sich in den großen Sozialenzyklen abzeichnet. Pekings Kampf gegen den Egoismus und die

christliche Nächstenliebe sind für manche Verfechter einer Annäherung nicht weit voneinander entfernt. Allerdings erscheint es zunächst vordringlich, die Chinesen davon zu überzeugen, daß ihr Bild von der Kirche veraltet ist. In der chinesischen Geschichte gab es ebenso wie in den Jahren seit 1949 Zeiten der Verfolgung und der Duldung der Religion. Daß der augenblickliche beklagenswerte Zustand nicht bleibt, das wissen auch die chinesischen Kommunisten. In dem erwähnten Gespräch mit Edgar Snow hatte Mao geäußert: „Die menschlichen Lebensbedingungen auf der Erde ändern sich mit ständig zunehmender Geschwindigkeit. In tausend Jahren werden vielleicht alle, auch Marx, Engels und Lenin, ziemlich absurd oder gar lächerlich erscheinen.“

## Probleme der katholisch-orthodoxen Annäherung

Die dritte Begegnung zwischen Papst Paul VI. und dem Ökumenischen Patriarchen Athenagoras hat bisher keine spektakulären Ereignisse in der katholisch-orthodoxen Wiedervereinigung zur Folge gehabt. Insbesondere waren diejenigen enttäuscht, die in Verkennung der beiderseitigen Realitäten auf eine volle eucharistische Konzelebration zwischen beiden Kirchen anlässlich des Patriarchenbesuches in Rom gehofft hatten (vgl. „The Orthodox Observer“, Nr. 575, S. 23). Athenagoras selbst hat zweifellos weitergehende Pläne gehabt. Als er Ende 1966 seinen Besuch in Rom in Aussicht stellte, hatte er die Union zwischen der Orthodoxie und Rom in Kürze vorausgesagt („The New York Times“, 18. 11. 66).

### Bisher kleine Schritte

Immerhin hat es im Jahre 1967 „kleine Schritte“ gegeben, deren Beitrag für ein weiteres organisches Wachsen der Einheit zwischen West- und Ostkirche nicht unterschätzt werden darf.

Günstig aufgenommen wurde auf orthodoxer Seite das am 25. März 1967 in Kraft getretene Dekret vom 25. Februar des gleichen Jahres über die Änderung der Mischeheninstruktion im Verhältnis zu den Orthodoxen (vgl. Herder-Korrespondenz 21. Jhg., S. 155). Kardinal Bea hatte es in einem Schreiben vom 22. Februar den Oberhäuptern der autokephalen orthodoxen Kirchen angekündigt. Erzbischof Jakovos, Exarch des Ökumenischen Patriarchen in Amerika, bezeichnete es als „einen äußerst positiven Schritt zu einer besseren Verständigung und zur allmählichen gegenseitigen Gültigkeitserklärung aller Sakramente“ der beiden Kirchen und stellte entsprechende neue Richtlinien des Patriarchen in Aussicht (öpd, 30. 3. 67), die jedoch noch auf sich warten lassen. Die kanonisch-jurisdiktionelle Gewalt des Patriarchen von Konstantinopel erstreckt sich vor allem auf die griechische Diaspora; doch wird er bei der engen Verbindung zum Mutterland auch die besonderen Verhältnisse in Griechenland zu berücksichtigen haben, wo das Staatskirchentum einer Revision der orthodoxen Mischehenpraxis entsprechend der Neuregelung durch den Vatikan erhebliche Hindernisse in den Weg legt. Die nicht orthodox getraute Ehe ist hier nicht nur vor dem kirchlichen, sondern auch vor dem staatlichen Gesetz ungültig, es sei denn, der orthodoxe Ehepartner verzichtet auf die griechische Staatsangehörigkeit oder tritt zu einer anderen christlichen Gemeinschaft über. Für die orthodox getraute Ehe gilt andererseits,

daß der heterodoxe Ehepartner ein schriftliches Versprechen orthodoxer Taufe und Erziehung der Kinder abgibt. Für die Mehrheit der orthodoxen Kirchen in den kommunistischen Ländern liegen die Verhältnisse anders. Hier kann die Kirche ihre traditionellen Grundsätze nicht zur Geltung bringen, da entsprechende Forderungen an den orthodoxen oder heterodoxen Ehepartner als religiöse Propaganda oder als Eingriff in die Gewissensfreiheit strafrechtliche Folgen haben können. So konnte der Hl. Synod in Moskau, frei von staatskirchlichen Rücksichten, schon am 4. April 1967 nach einem Bericht des Metropoliten Nikodim über das Schreiben Kardinal Beas beschließen, „Genugtuung über die Beseitigung der oftmals beim Vollzug von Mischehen zwischen Katholiken und Orthodoxen vorgekommenen Mißverständnisse zum Ausdruck zu bringen“ und „die Gültigkeit des von römisch-katholischen Priestern vollzogenen Ehesakraments zwischen Orthodoxen und Katholiken anzuerkennen, wenn eine solche Ehe mit dem Segen und Einverständnis eines orthodoxen Bischofs geschlossen wird“ (JMP, Nr. 5, 1967, S. 5). Nach dem Verhältnis zwischen der russisch-orthodoxen und der römisch-katholischen Kirche befragt, versicherte Patriarch Alexius dem polnischen Journalisten Julius Strojnowski am 23. Mai, daß die gegenseitige Anerkennung der Ehesakramente bei Mischehen „einer noch tieferen Festigung unserer freundschaftlichen Beziehungen mit der römisch-katholischen Kirche dienlich sein werde“ (JMP, Nr. 6, 1967, S. 5).

Auch von der Orthodoxen Kirche in Polen wurde eine zustimmende Stellungnahme bekannt. Am 11. April 1967 faßte der Heilige Synod der Warschauer Metropolie einen gleichlautenden Beschluß und gab unter Hinweis auf die Minderheitenlage der Orthodoxen in Polen seiner besonderen Genugtuung über das Bestreben des Apostolischen Stuhles Ausdruck, die durch die bisherige Mischehenpraxis entstehenden Mißverständnisse zu beseitigen. „Wir hoffen, daß in Zukunft solche Mißverständnisse zwischen Katholiken und Orthodoxen nicht mehr auftreten werden.“ Das offizielle Organ der Metropolie brachte das Schreiben Kardinal Beas in vollem Wortlaut („Cerkovnyj vestnik“, Nr. 6, 1967, S. 1f.).

Im Bereich des Griechischen Exarchats in Amerika gab der Tod des Kardinals Spellman Anlaß zu einer symbolischen Geste, die für das vom Kult her bestimmte orthodoxe Empfinden realere Bedeutung für die Kirchenvereinigung haben kann als mancher kirchenrechtliche Akt. Vor dem aufgebahrten Kardinal zelebrierte Erzbischof

Jakovos am 5. Dezember 1967 in der New Yorker St.-Patricks-Kathedrale unter Assistenz von acht orthodoxen Priestern ein orthodoxes Totenamt, dem auch zwei katholische Bischöfe beiwohnten („The New York Times“, 6. 12. 67).

Nach Aufhebung der gegenseitigen Anathemata von 1054 bestehen auch für ein ständiges kultisches Nebeneinander der beiden Kirchen in demselben Kirchenraum keine grundsätzlichen Hindernisse mehr. Nach einer Absprache zwischen den beiden Hierarchien wird jetzt die katholische Messe in fünf Kirchen der autonomen Orthodoxen Kirche in Finnland gefeiert („Pravoslavna Rus“, Nr. 1, 1968, S. 15).

### Orthodoxe Opposition gegen Athenagoras

Obwohl mit dem Wechsel in der Führung des Athener Erzbistums eine schwere Belastung für die ökumenische Linie Konstantinopels geschwunden ist und sich der neue Erzbischof Hieronymos entschlossen hinter die Einheitsbestrebungen des Patriarchen stellte, ist die Opposition gegen diesen nicht zum Schweigen gekommen. Es gibt religiöse Zeitschriften, die den Patriarchen der Apostasie bezichtigten. Hieronymos tadelte scharf die bisherige „provinzielle Selbstbeschränkung“ seiner Kirche und verschwieg nicht das in dem Verdacht des Proselytismus gründende anhaltende Mißtrauen einer Mehrzahl von Orthodoxen in Griechenland gegenüber der römischen Kirche (öpd, 16. 11. 67).

Im Hinblick auf diese Opposition meinte das offizielle Organ der griechischen Erzdiözese in Amerika, „Verdienst und Ehre“ für das Erwachen zur gegenseitigen Annäherung lägen eher auf katholischer als auf orthodoxer Seite. „Sogar jetzt scheint unsere Mentalität und emotionale Haltung angesichts des um uns herum brodelnden geistigen Vulkans vorwiegend durch den alten Sektierergeist, durch eine eifernde Anhänglichkeit an kleinliche dogmatische Streitigkeiten und im Ganzen durch eine von Vorurteilen geprägte Haltung bestimmt zu sein, die sich als ein Akt der Selbsterstörung erweisen könnte“ („The Orthodox Observer“, Nr. 573, S. 354). Im Mai dieses Jahres sah sich das Blatt veranlaßt, die in zahlreichen Kritiken zum Ausdruck kommenden Befürchtungen griechischer Kreise, die Bestrebungen des Patriarchen und seines Exarchen könnten zu einer dogmatischen und jurisdiktionellen „Auslieferung“ der Orthodoxie an Rom führen, zurückzuweisen. Bisher habe das Ökumenische Patriarchat nicht einmal auf die Geste Roms reagiert, unter bestimmten Ausnahmebedingungen Katholiken den Sakramentenempfang durch orthodoxe Priester zu erlauben (Nr. 578, S. 3). Andererseits sind die warnenden Stimmen aus dem entgegengesetzten Lager nicht zu überhören. Ein einflußreicher Geistlicher des griechischen Exarchats warnte vor einem übertriebenen ökumenischen Enthusiasmus. Die Orthodoxen täten besser daran, ihre innere Krise zu überwinden, als sich mit zwischenkirchlichen Beziehungen zu beschäftigen. „Unsere Gedanken unseren häuslichen Problemen zuzuwenden wäre der beste Erweis der Liebe . . . Das Gebot für die Orthodoxe Kirche ist es, sich zuerst mit Christus zu vereinen, nicht aber grundlos Unterscheidungen zwischen ‚Einheit‘ und ‚Vereinigung‘ zu ersinnen“, hieß es vor einiger Zeit unter deutlicher Desavouierung der Linie des Patriarchen (Nr. 553, S. 113).

Mangel an Realismus und pastoralem Verantwortungsgefühl in den optimistischen Verlautbarungen des Patriar-

chen gegen Ende des Jahres 1966 glaubte auch das von der unabhängigen russisch-orthodoxen Metropolie in Nordamerika herausgegebene Nachrichtenblatt feststellen zu müssen. Nicht gefühlsmäßige Demagogie, sondern ernsthafter Dialog sei die Forderung eines echten Ökumenismus. Die Erklärungen des Patriarchen würden aber in den Augen der Orthodoxen und auch der Nichtorthodoxen zur Minderung seiner moralischen Autorität beitragen („The Orthodox Church“, Dezember 1966). So gewichtig diese Voten auch heute noch sind — zur russischen Metropolie in Nordamerika gehören der in ökumenischen Kreisen eine bedeutende Rolle spielende Erzbischof Johannes (Schachovskoj) von San Francisco und die angesehenen Theologen Schmemmann und Meyendorff —, wurden sie doch durch die Ereignisse des Jahres 1967 überspielt. Das Prestige des Patriarchen ist mit seiner Reise zu den orthodoxen Balkankirchen, nach Rom, Genf und London weiterhin gestiegen, und mit Recht konnte er nach seiner Rückkehr von einem positiven Ergebnis für die ökumenischen Bemühungen sprechen („Le Monde“, 17. 11. 67).

### Vorläufige Grenzen der Annäherung

Ein großer Teil der innerorthodoxen Kritik an Athenagoras beruht vermutlich auf dem Mangel an zuverlässiger Information. Die Herausgabe kirchlicher Nachrichten und theologischer Zeitschriften ist dem Patriarchat Konstantinopel durch die türkischen Behörden nach wie vor verboten. Andererseits sind die in der Weltpresse erscheinenden Interviews des Patriarchen und seines Exarchen in Amerika meist optimistisch auf das Ziel der Kirchenvereinigung abgestimmt, so daß sie nicht erkennen lassen, daß gleichzeitig an die orthodoxen Gläubigen Anweisungen ergangen sind, die dem wirklichen Stand der Dinge durchaus Rechnung tragen. Nach wie vor gilt eine Enzyklika des Patriarchen vom 14. März 1967, mit der er die ihm unterstellte Hierarchie mit der Anweisung an die Gläubigen beauftragte, daß bei Fehlen orthodoxer Kirchen römisch-katholische, protestantische und andere Kirchen zur Abhaltung der orthodoxen Liturgie wohl benutzt werden dürften, dies aber keinesfalls impliziere, daß es den orthodoxen Gläubigen gestattet sei, die Sakramente von nichtorthodoxen Priestern zu empfangen, „da ein derartiger Beschluß von der Orthodoxen Kirche nie gefaßt wurde und die Interkommunion zwischen der Orthodoxen Kirche und anderen Kirchen bis jetzt nicht besteht“ („O Orthodoxos Paratiritis“, Nr. 565 bis 566, S. 124). Hier wird die vom Zweiten Vatikanum in Ausnahmefällen zugelassene Kommunion Orthodoxer in katholischen Kirchen nicht einmal erwähnt.

Am 27. März 1967 erließ Erzbischof Jakovos für die amerikanische Erzdiözese ein Rundschreiben zur Frage der Mischehen. Auch wenn die Westkirche jetzt die Gültigkeit der vor einem orthodoxen Priester geschlossenen Mischehe anerkenne, müsse es zunächst bei der bisherigen Praxis der Orthodoxen Kirche bleiben, wonach eine Mischehe nur gültig ist, wenn das Ehesakrament vor einem orthodoxen Priester vollzogen und das Versprechen orthodoxer Taufe der Kinder gegeben wird, eine heterodox eingeseignete Mischehe aber als nicht geschlossen gilt. Der orthodoxe Klerus müsse darauf bedacht sein, daß der Orthodoxen Kirche nicht aus toleranter Einstellung heraus ein schwer heilbarer Schaden entstehe. Wenn einmal die sakramentale Einheit der Kirchen zustande kommt, werde sie dem Klerus durch eine Enzyklika des Öku-

menischen Patriarchen bekanntgegeben werden (ebd., S. 129).

Angesichts dieser Vorschriften hätte es der Warnung des Moskauer Patriarchen vor einem Alleingang Konstantinopels kaum bedurft. Auf den Besuch des Papstes beim Patriarchen von Konstantinopel in Istanbul angesprochen, sagte Patriarch Alexius in einem TASS-Interview vom 17. August 1967, im Hinblick auf die Gerüchte, daß nunmehr gar wohl eine Lösung der Fragen der liturgischen Einheit zwischen der orthodoxen und der katholischen Kirche zu erwarten sei: „Die organisatorische Struktur der Orthodoxen Kirche ist derart, daß kein Vorsteher einer Regionalkirche, ja auch keine Regionalkirche irgendwelche Fragen entscheiden kann, die die gesamte Orthodoxie angehen. Wenn man also von der zukünftigen Einheit mit irgendwelchen christlichen Kirchen und darunter auch mit der römisch-katholischen Kirche spricht, so kann dies nur auf panorthodoxer Ebene in gemeinsamer Beratung der gesamten Orthodoxie entschieden werden, wobei jede Regionalkirche und ihr Vorsteher Stimmgleichheit haben. In der Orthodoxen Kirche gibt es keinen Papst, der allein über Fragen befinden könnte, die alle orthodoxen Kirchen angehen“ (JMP, Nr. 9, 1967, S. 2). Die Nachteile der hiermit zutreffend gekennzeichneten innerorthodoxen Situation mußte Patriarch Athenagoras an sich erfahren, als ihm der geplante Besuch in Moskau, durch den er sich vor seinem Rombesuch auch der Unterstützung des russischen Patriarchen versichern wollte, von diesem abgeschlagen wurde. Wieder zeigte es sich, daß die Wege zur größeren Einheit mit der Westkirche ohne eine Festigung der inneren Einheit bei den Orthodoxen versperrt sind.

### Relevanz der mazedonischen Frage

Wie weitgehend in dieser Hinsicht die in Belgrad, Bukarest und Sofia erhaltene Unterstützung für Athenagoras war, bevor er sich nach Rom begab, kann mit Sicherheit nicht gesagt werden. Etwa bei den Serben noch vorhandene, aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges datierende Widerstände gegen eine Annäherung an die katholische Kirche konnte Athenagoras durch ein Entgegenkommen in der für die serbische Kirche heiklen mazedonischen Frage neutralisieren, die ein bezeichnendes Licht auf die Gesamtsituation der Orthodoxen Kirche wirft. Gegen erheblichen Widerstand des serbischen Patriarchen hatte sich die Orthodoxe Kirche in Mazedonien mit nur vier Bischöfen, wenigen Priestern und Mönchen am 18. Juli 1967 für autokephal erklärt, was von der Belgrader Regierung im Sinne des jugoslawischen Föderalismus, nicht zuletzt in dem Bestreben, auf den bulgarischen Nachbarn eine kulturpolitische Werbewirkung auszuüben, unterstützt wurde. Während des Patriarchentreffens in Belgrad wurde zwar das mazedonische Problem nicht näher erörtert, doch konnten die Serben der Unterstützung des Ökumenischen Patriarchen sicher sein, nachdem zwei Wochen zuvor Erzbischof Jakovos unter Berufung auf den Patriarchen bekanntgegeben hatte, daß angesichts der auch in Amerika auftretenden mazedonischen Abspaltungstendenzen nur die vom Belgrader Patriarchat anerkannten Bischöfe als kanonisch zu betrachten seien („O Orthodoxos Paratiritis“, Nr. 572, S. 335 f.).

Auch der Unterstützung durch das Moskauer Patriarchat konnten sich die Serben in der mazedonischen Frage versichern. Sie mußten um so dankbarer sein, als man auch kanonisch hätte argumentieren können, daß für die maze-

donische Autokephalie das Vorhandensein eines Staates und eines Staatsvolkes — wenn auch nur im Rahmen des jugoslawischen Föderalismus — gegeben ist.

Gegen Nichtanerkennung der mazedonischen Autokephalie hatte Moskau schon früher eine Gegenforderung angemeldet. Am 21. April 1967 beschwerte sich Patriarch Alexius beim Belgrader Patriarchen German über dessen Austausch von Weihnachtsgrüßen mit dem Metropoliten Irenäus, dem Oberhaupt der von Moskau unabhängigen russischen Metropolie in Nordamerika. Als Schismatiker von der Mutterkirche getrennt, stehe Irenäus unter Interdikt. Der serbische Patriarch solle die kanonischen Regeln beachten, „wie auch wir es gegenüber der serbischen Kirche tun“ („Vestnik Russkogo Zap. Evrop. Patr. Ekzarchata“, S. 137).

Die Serben verstanden den Wink. Am 10. Mai antwortete Patriarch German, der verantwortliche Beamte habe einen Verweis dafür erhalten, daß er „irrtümlich“ den Metropoliten Irenäus für einen kanonischen Hierarchen des Moskauer Patriarchats hielt. Im übrigen bedankte sich Patriarch German für die „brüderliche und richtige Haltung“ der Russischen Kirche gegenüber den schismatischen Bestrebungen in der Serbischen Kirche (ebd., S. 138).

### Kanonische Rücksichten und orthodoxe Einheit

Ging es hierbei um gegenseitige Nichtanerkennung von Schismatikern, scheint Moskau dem Patriarchen von Konstantinopel gegenüber die zweifellos unkanonische Situation der nordamerikanischen russischen Metropolie als Einsatz in der Auseinandersetzung zu benutzen, bei der es für Konstantinopel um die Vorrangstellung in der Orthodoxie und damit auch um die entscheidende Initiative zur weiteren Annäherung an die Westkirche geht, bei der es andererseits nicht sicher ist, ob Moskau um eines seinerseits erstrebten orthodoxen Primats willen oder um ureigenster Angelegenheiten der Russischen Kirche willen Widerstand leistet. Es darf nicht übersehen werden, daß die Russische Kirche schon seit den zwanziger Jahren, getreu den Vermächtnissen des Patriarchen Tichon, einen konsequenten Kampf um die kanonische Einheit mit allen abgespaltenen Gruppen im Ausland führt. Gerade die Existenz der unabhängigen nordamerikanischen Metropolie ist den Russen ein Dorn im Auge, da sie erhebliches Gewicht in der Ökumenischen Bewegung hat und eine ständige Infragestellung der Position des Moskauer Patriarchats in der Heimat und in den zwischenkirchlichen Beziehungen bedeutet.

Am 23. März schlug Patriarch Athenagoras dem Moskauer Patriarchen für Juni ein inoffizielles Treffen von Vertretern der autokephalen orthodoxen Kirchen in Wien vor. Es sollten geeignete Maßnahmen zur Intensivierung der Vorbereitungen einer panorthodoxen Prosynode besprochen werden, mit der alle die Orthodoxie angehenden Probleme verknüpft seien. In diesem Zusammenhang wollte Athenagoras sogar die Konstituierung einer ständigen panorthodoxen Kommission zur Diskussion stellen, ein Vorschlag, der bekanntlich von den Russen erfolglos auf der Dritten Panorthodoxen Konferenz eingebracht worden war. Weiterer Besprechungspunkt sollte ein Meinungsaustausch über die Tätigkeit der interorthodoxen Theologenkommission für den Dialog mit Anglikanern und Altkatholiken und über die Vorbereitung der Orthodoxie zur Vierten Vollversammlung des Weltrats der Kirchen in Uppsala sein. Doch die Antwort des Moskauer Patriarchen erfolgte erst zwei Monate später, mit

der Begründung, daß das Schreiben aus Istanbul erst im Mai eingetroffen sei. Ein Licht auf diese Verzögerung und auf die ganze Haltung der Russischen Kirche wirft das Mitte Mai einsetzende Trommelfeuer der Russen gegen die Verbindungen des Ökumenischen Patriarchats mit der nordamerikanischen Metropole. Mit Telegramm vom 13. Mai wurde Athenagoras vor einer bevorstehenden Pilgerfahrt des Metropoliten Irenäus ins Heilige Land und zu den östlichen Patriarchen gewarnt und gebeten, keine Konzelebration mit den Schismatikern zuzulassen (JMP, Nr. 8, 1967, S. 7). Mit gleichlautenden Telegrammen forderte das Moskauer Patriarchat auch die Patriarchen von Alexandrien, Antiochien und Jerusalem auf, den Moskauer kanonischen Standpunkt gegenüber den Pilgern aus Nordamerika zu respektieren. Zwei Tage später teilte Athenagoras mit, er habe Erzbischof Jakovos in New York beauftragt, den Metropoliten Irenäus wissen zu lassen, daß er auf seinen Besuch beim Ökumenischen Patriarchat verzichten müsse (ebd., S. 8).

Schon nach fünf Tagen meldete sich erneut der Moskauer Patriarch mit einer Beschwerde bei Athenagoras. Seine Osterfreude sei getrübt worden durch die Nachrichten über den Austausch von Weihnachtsgrüßen zwischen dem Ökumenischen Patriarchen und dem Metropoliten Irenäus, der dabei als „geliebter Bruder und Konzelebrant Unserer Demut“ angeredet worden sei. Dies könne als Ausdruck der Sakramentsgemeinschaft mit den unter Interdikt stehenden Schismatikern verstanden werden. Jetzt wurde der Moskauer Patriarch noch deutlicher: Wenn der Ökumenische Patriarch derartige Beziehungen zu den russischen Schismatikern unterhalte, könne das „unseren brüderlichen Banden und der interorthodoxen Zusammenarbeit nur schaden“. Der Thron von Konstantinopel möge die kanonischen Regeln getreulich beachten „im Namen der guten Beziehungen zwischen unseren heiligen orthodoxen Kirchen und des Triumphs und der Einheit der heiligen Orthodoxie“ („Vestnik R. Z. E. P. E.“, a. a. O., S. 135). Unter gleichem Datum (20. 5.) erfolgte jetzt erst die Antwort auf den Vorschlag Konstantinopels vom 23. März. Auch die Russische Kirche, so schreibt Alexius, empfinde es als ihre Pflicht, die Vorbereitungen zur panorthodoxen Prosynode voranzutreiben, wofür die Tätigkeit der Synodalkommission zum Studium und zur Bearbeitung des von der panorthodoxen Konferenz im Jahr 1961 angenommenen Themenkatalogs der Prosynode ein Beweis sei. Aber so wichtig die Lösung der inneren Probleme der Orthodoxie und ihr Verhältnis zu den anderen christlichen Kirchen sei, betont Patriarch Alexius, „so sehen wir auch die künftigen Schwierigkeiten ihrer Lösung“ (JMP, Nr. 6, 1967, S. 3—4).

Alexius kam dabei auf den alten russischen Vorschlag zurück, auf paritätischer Grundlage eine panorthodoxe Koordinierungskommission zur Vorbereitung und Durchführung panorthodoxer Konferenzen zu bilden. Hier liegen in der Tat entscheidende Gegensätze vor: Während sich Konstantinopel auf dem Wege zur Einheit mit der Westkirche das Einberufungsrecht für die dafür notwendigen panorthodoxen Zusammenkünfte so lange wie möglich vorbehalten und die zukünftige Bildung einer panorthodoxen ständigen Kommission zunächst nur zur Diskussion stellen wollte, drang Moskau auf sofortige Bildung einer solchen Kommission, die die ökumenischen Initiativen Konstantinopels noch stärker als bisher und von vornherein von der Zustimmung Moskaus abhängig machen würde. Der sich bisher als so fruchtbar erweisende „Dialog der Liebe“ jeder einzelnen orthodoxen autoke-

phalen Kirche mit Rom könnte damit an Bedeutung verlieren.

Im Prinzip erklärte sich Patriarch Alexius mit dem Vorschlag des Patriarchen Athenagoras vom 23. März einverstanden; doch könne mit Rücksicht auf den späten Eingang des Schreibens, auf den Terminkalender des Moskauer Patriarchats und die notwendige Vorbereitung die Wiener Zusammenkunft erst im September stattfinden.

### Paul VI. interveniert in ernster Stunde

Die Zusammenkunft in Wien kam nicht zustande. Auch später, als Athenagoras nach seinem Besuch in Rom die Rückreise über Wien machen wollte, legte die türkische Regierung ein Veto ein (vgl. Herder-Korrespondenz 21. Jhg., S. 558). Die Situation des Ökumenischen Patriarchats war erneut äußerst kritisch geworden, und zwar in einem Maße, daß die letzten Reste seiner Positionen, vielleicht seine Existenz auf türkischen Boden überhaupt auf dem Spiele stand. Am 11. Mai 1967 wurde im türkischen Parlament ein Gesetzesentwurf eingebracht, nach dem allen orthodoxen Priestern die türkische Staatsangehörigkeit entzogen und die zwischenkirchlichen Beziehungen des Patriarchats streng überwacht werden sollten. Die türkische Regierung sollte ferner bei der Nachfolge für den heute 82jährigen Patriarchen Athenagoras ein gewichtiges Wort mitzureden haben („The Orthodox Observer“, Nr. 568, S. 171). Eine Verwirklichung dieser Pläne hätte im Falle des Ablebens des Patriarchen zumindest die Gefahr einer längeren Sedisvakanz heraufbeschworen, die mit einem Schlage dem Moskauer Patriarchen die lang ersehnte Primatsstellung in der Orthodoxie zugespielt hätte. Der Untergang des Ökumenischen Patriarchats drohte aber auch alle Ansätze der katholisch-orthodoxen Vereinigungsbewegung zunichte zu machen oder aber ihren Fortgang auch mit in das Ermessen der sowjetischen Außenpolitik zu stellen. Papst Paul VI. kam dem bedrängten Ökumenischen Patriarchen mit seinem Blitzbesuch am 25. Juli 1967 in Istanbul zu Hilfe (vgl. Herder-Korrespondenz 21. Jhg., S. 402 ff.). Das Schlimmste konnte verhindert werden. Außerdem wurde damals das Einverständnis der türkischen Regierung mit dem längst geplanten Besuch des Patriarchen in Rom erwirkt. Paul VI. war im Augenblick nicht nur der „Retter des Patriarchats Konstantinopel, wenn nicht gar der Orthodoxie“, wie der römische „Espresso“ schrieb, sondern der Retter der heraufkommenden Einheit von West- und Ostkirche (vgl. „Christ und Welt“, 4. 8. 67).

Auf die Ankündigung des Papstbesuches in Istanbul durch den Ökumenischen Patriarchen antwortete Patriarch Alexius am 22. Juli 1967 lediglich, daß derartige Besuche von Oberhäuptern der christlichen Kirchen für die christliche Zusammenarbeit und den Dienst am Frieden sehr nützlich seien („Vestnik R. Z. E. P. E.“, a. a. O., S. 140). Das oben bereits erwähnte TASS-Interview schien die inzwischen stattgefundene Begegnung in Istanbul in ihrer Bedeutung herabspielen zu wollen. Begegnungen seien heute zu einer gewöhnlichen Erscheinung geworden. Selbstverständlich werde auch das Ereignis von Konstantinopel der weiteren Entwicklung brüderlicher Beziehungen zwischen dem Patriarchat von Konstantinopel und der römischen Kirche dienen. Hinsichtlich der gesamtorthodoxen Bedeutung des Ereignisses machte er die oben zitierten Einschränkungen.

Der Kontext war in einem Schreiben vom 2. August enthalten, mit dem Patriarch Alexius dem Patriarchen von

Konstantinopel erneut seine Beschwerden über „Ärgernisse und Verstöße gegen die kanonische Wahrheit“ vorträgt. Diesmal ging es um die mehrfach vom griechischen Exarchat in Amerika demonstrierte Sakramentsgemeinschaft mit den russischen Schismatikern. „Nichts verletzt den kirchlichen Frieden und bedroht die Einheit der Orthodoxie so sehr wie derartige Vorfälle.“ Man hoffe, daß die Beteiligten bestraft werden und Erzbischof Jakovos angewiesen wird, auf die Einhaltung der kanonischen Normen in seiner Erzdiözese zu achten (JMP, Nr. 9, 1967, S. 2 f.).

Neuen Zündstoff brachte zwei Wochen später die Tagung des Zentralaussschusses des Weltrats der Kirchen in Heraklion, wo der Exarch des Ökumenischen Patriarchen für Westeuropa, Erzbischof Athenagoras (London), mit dem zur nordamerikanischen Metropolie gehörenden Erzbischof Johannes (Schachowskoj) von San Francisco konzelierte. Unmittelbar vor Beginn der Europareise des Patriarchen Athenagoras nahm der Heilige Synod am 10. Oktober 1967 in Moskau die genannten Vorfälle zum Anlaß, um nochmals „entschieden gegen die Prozedur Einspruch zu erheben, die vom Heiligsten Patriarchen Athenagoras in diesen konkreten Fällen angewandt wurde und deren kanonische Beurteilung evident ist“ (JMP, Nr. 11, 1967, S. 10).

Nach diesen massiven Protesten der Russischen Kirche konnte es nicht überraschen, daß der ursprünglich für Ende September vorgesehene Besuch des Patriarchen Athenagoras in Moskau vor seiner Reise nach Rom nicht stattfand.

### Auf dem Wege zum orthodoxen Konzil

Nach seinem Besuch in Rom mußte Athenagoras daran gelegen sein, weitere Schritte zur christlichen Einheit panorthodox sanktionieren zu lassen. Eine Gelegenheit dazu boten die Jubiläumsfeierlichkeiten anlässlich der Wiederherstellung des russischen Patriarchats vor 50 Jahren (genaues Datum: 4. 11. 1917), zu denen die Oberhäupter der autokephalen orthodoxen Kirchen vom 26. Mai bis 2. Juni 1968 nach Moskau eingeladen waren. Obwohl es zunächst hieß, Athenagoras habe die Einladung angenommen, ließ er sich lediglich durch seinen Exarchen in London vertreten. Vielleicht befürchtete er, im Rahmen einer so repräsentativen Versammlung der Weltorthodoxie unter den Auspizien des Moskauer Patriarchats von den Russen überspielt zu werden, vielleicht war es Verstimmung über seine Ausladung im Vorjahr, vielleicht hatte er erneute Schwierigkeiten mit der türkischen Regierung. Auch das Fehlen einer repräsentativen Abordnung der Kirche von Griechenland (nur ein Archimandrit war delegiert) brachte einen Mißklang in die „panorthodoxe“ Jubelfeier. Im Januar hatte der russische Patriarch Alexius den Erzbischof von Athen aufgefordert, seine Stimme zur Befreiung der politischen Häftlinge zu erheben, und der Erzbischof von Kiew hatte als Vizepräsident der Gesellschaft „UdSSR—Griechenland“ gegen das „gesetzlose Vorgehen der heutigen diktatorischen Behörden Griechenlands“ gegen den unter Hausarrest gestellten Erzbischof von Saloniki protestiert (JMP, Nr. 3, 1968).

Das gespannte politische Verhältnis zum Athener Regime veranlaßte die Russen ihrerseits, Heraklion (Kreta) als Tagungsort für die immer wieder hinausgeschobene Vierte Panorthodoxe Konferenz abzulehnen. Diese konnte schließlich vom 9. bis 15. Juni 1968 im orthodoxen Zentrum Chambésy bei Genf zusammentreten (vgl. Her-

der-Korrespondenz ds. Jhg., S. 341). Von den 14 autokephalen Kirchen waren nur die georgische und die Orthodoxe Kirche in der Tschechoslowakei nicht vertreten. Außer dem Schlußkommuniqué sind über den Verlauf der Konferenz, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, vorläufig keine Einzelheiten bekannt. Die Einberufung des panorthodoxen Konzils wurde als das „Hauptziel der Orthodoxie“ bezeichnet. Seiner Vorbereitung sollen mehrere „Panorthodoxe Vorbereitungskonferenzen für das Konzil“ dienen, deren Arbeit durch eine unter der Schirmherrschaft des Ökumenischen Patriarchen stehende interorthodoxe Kommission mit einem ständigen Sekretariat in Chambésy koordiniert wird. Gegenüber dem alten Plan, zunächst eine panorthodoxe Prosynode einzuberufen, wird mit diesem Modus zweifellos eine Beschleunigung des Konzilsvorbereitungsverfahrens erreicht.

Die Konferenz billigte die Fortsetzung des mit den anderen Kirchen begonnenen Gesprächs. Interorthodoxe Kommissionen, wie sie bereits für die Verhandlungen mit Anglikanern und Altkatholiken bestehen, sollen auch für das Gespräch mit den Lutheranern und mit den altorientalischen Kirchen gebildet werden, nicht dagegen für den Dialog mit Rom. Im Verhältnis zur Römischen Kirche sollen die „freundschaftlichen Kontakte“ und die Bezeugung „brüderlicher Liebe und gegenseitiger Achtung“ fortgesetzt werden. Die hierbei gewonnenen Erfahrungen sollen von den beteiligten orthodoxen Kirchen untereinander ausgetauscht werden (nach epd, 18. 6. 68). Hiermit scheint ein Kompromiß zwischen Konstantinopel und Moskau erreicht zu sein. Der Ökumenische Patriarch und seine Exarchen in Europa und Amerika können — wie jede andere orthodoxe Kirche — ohne den Gang der Dinge aufhaltende Kommissionsbeschlüsse die wegweisenden bilateralen Beziehungen mit der katholischen Kirche weiterhin pflegen, während die Vorbereitung des orthodoxen Konzils gesamtorthodox — unter entsprechender gewichtiger Beteiligung Moskaus — institutionalisiert ist.

Weiterer Besprechungspunkt der Konferenz war die Rolle der Orthodoxie im Weltrat der Kirchen. Die orthodoxe Kirche, hieß es im Schlußkommuniqué, fühle sich „als organisches Glied des Ökumenischen Rates in vollem Sinne“ und sie sei entschlossen, „mit allen ihr zu Verfügung stehenden Mitteln — theologischer oder anderer Art — zur Förderung und zum Erfolg der gesamten Arbeit des Rates beizutragen“ (AKID, 25. 6. 68). Vermutlich wurde auch über die auf der Vierten Vollversammlung des Weltrats in Uppsala einzuhaltende Linie der Orthodoxen gesprochen.

### Rom und Moskau

In den direkten Beziehungen zwischen der katholischen und der russisch-orthodoxen Kirche nahm der Austausch von Glückwunschsadressen und anderen Botschaften der Kirchenoberhäupter seinen Fortgang. In einem Glückwunsch zum Moskauer Patriarchatsjubiläum brachte Paul VI. seine Freude über die weitere Besserung in den Beziehungen zwischen beiden Kirchen zum Ausdruck. Die Kontakte der letzten Jahre seien eine Gewähr für die Überwindung der noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten (öp, 6. 6. 68).

Überraschend fanden vom 9. bis 13. Dezember 1967 Gespräche orthodoxer und katholischer Theologen in der Leningrader Geistlichen Akademie über das Sozialdenken

der katholischen Kirche statt (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 101). Das Thema beschäftigt in letzter Zeit auch die sowjetischen Atheisten. Die Russen interessiert der Beitrag, den ein im Wandel begriffenes katholisches Sozialdenken für eine revolutionäre Wandlung der kapitalistischen Welt leisten kann. Die russischen Theologen erhofften sich von den Leningrader Gesprächen vermutlich eine vorbereitende Orientierung für die interkonfessionelle Studientagung über die Probleme christlicher Sozialethik, die vom 17. bis 23. März 1968 vom Sekretariat für Glaube und Kirchenverfassung und vom Referat für Kirche und Gesellschaft des Weltrats der Kirchen im Dreifaltigkeitskloster Sagorsk bei Moskau veranstaltet wurde. Für ein Fortschreiten der kirchlichen Einheit zwischen West und Ost erscheint der Dialog auf dem Gebiet des Sozialdenkens jedoch kaum relevant. In die Sagorsker Gespräche schalteten sich die russischen Theologen nur zögernd ein. Insbesondere bei den Versuchen, den Fragenkomplex Theologie und Revolution zu klären, mußten sie sich aus bekannten Gründen zurückhalten (vgl. „Ökumenische Rundschau“ Nr. 3, 1968, S. 303). Aber die mittelbaren Auswirkungen solcher Gespräche auf die Annäherung der Kirchen sind nicht zu unterschätzen. Es war hochbedeutsam, daß in Leningrad ein katholischer Bischof, Msgr. Willebrands, auf Einladung der Orthodoxen die Predigt während der orthodoxen Liturgie hielt, in deren Verlauf eine orthodoxe Bischofsweihe stattfand. Ebenso bedeutsam war die Konzelebration der katholischen Messe durch die Mitglieder der katholischen Delegation in der Kirche der Geistlichen Akademie unter Beisein der orthodoxen Bischöfe, Professoren und Studenten.

### Die dogmatische Barriere

Allein, „dem Geiste der Orthodoxie ist es nicht gemäß, in solch ernsthaften Fragen, wie die Annäherung der Kirchen auf dem Wege zur Einheit im Glauben, die ernsthafte Überlegungen erfordernde, verantwortliche Arbeit durch einfache Gesten der Bereitschaft zur Annäherung zu ersetzen“, sagte Patriarch Alexius seinerzeit im Rückblick auf die Belgrader Konferenz der orthodoxen Kirchen (JMP, Nr. 12, 1966, S. 13). In diesem Sinne ist ein weiterer nachkonziliärer Beitrag im Journal des Moskauer Patriarchats vom August vorigen Jahres zu werten, mit dem der Dozent der Moskauer Geistlichen Akademie, D. Ogickij (der bei den Leningrader Gesprächen zusammen mit P. J.-Y. Calvez über das Sozialdenken von Leo XIII. bis zu Johannes XXIII. referierte), Stellung zum Ökumenismusdekret nimmt (JMP, Nr. 8, 1967, S. 61—72).

Nach einem verhältnismäßig eingehenden Referat setzt Ogickij mit der Würdigung des Dekrets vom orthodoxen Standpunkt aus beim Abschnitt über die Orientalischen Kirchen ein. Er enthalte „viele aufrichtige und herzliche Worte, die vom Gefühl der Liebe und Achtung zu den Ostkirchen eingegeben sind“. Doch bei allen brüderlichen Gefühlen der Westchristen und den vermehrten Manifestationen des Wohlwollens von seiten der römischen Kirche, ihrer Hierarchie und ihrer Gläubigen müsse man doch die Dinge nüchtern betrachten, wie ja auch ein „falscher Irenismus“ mit Recht vom Dekret als untaugliche Methode verworfen werde.

Zunächst habe man den Eindruck, daß hinsichtlich der Wiedervereinigung der östlichen und römischen Christen die Konzilsdokumente und im besonderen auch das Öku-

menismusdekret den orientalischen Kirchen „äußerst weitgehende Freiheiten und einen hohen Grad an Selbständigkeit“ zubilligen. Die Mehrheit der Konzilsväter habe auch alles getan, um in die Konzilsentscheidungen eine Konzeption der christlichen Einheit aufzunehmen, die dem — besonders auch von Kardinal Lercaro herausgestellten — Verständnis der Ostchristen so weit wie möglich entspricht. Aber, fragt Ogickij, läßt sich ein solcher Optimismus aufrechterhalten, wenn man die Grundpositionen der katholischen Ekklesiologie, besonders die vom Zweiten Vatikanum „mit solcher Hartnäckigkeit bestätigten“, als Kontext heranzieht? Der Stein des Anstoßes ist natürlich die „Entschiedenheit“, mit der das Konzil die dogmatischen Definitionen des Ersten Vatikanums über die Unfehlbarkeit bestätigt habe, wobei nach ersten hoffnungsvollen Ansätzen der Satz von der „vollen und höchsten Gewalt“, die das Bischofskollegium zusammen mit dem Papst in der Kirche ausübt, „seinen realen Inhalt verloren habe“. „Es geht hier nicht darum, ob die Gewalt des ersten Bischofs über diejenige der Bischöfe geht, sondern darum, daß die eine und die andere Gewalt zueinander im Verhältnis von Unendlich zu Null stehen.“ Die Wörter „Monarchismus“ und „Zentralismus“ seien zu schwach, um dieses Verhältnis zu charakterisieren.

„Um des Nutzens der uns und unseren katholischen Brüdern teuren Sache willen sind wir gezwungen, die Dinge bei ihrem Namen zu nennen“, resümiert Ogickij. „Das Dekret über den Ökumenismus schlägt die Einheit auf der Grundlage weitgehender Freiheit und Gleichheit der regionalen Kirchen vor und setzt dabei als notwendig voraus, daß dem römischen Primas die volle einzelherrschaftliche Gewalt zuerkannt wird, die nicht nur das Recht einschließt, jegliche Freiheiten und Vollmachten zu erweitern, zu beschränken oder aufzuheben, sondern auch in beliebigen Fragen der Glaubenslehre der Kirche widerspruchslos hinzunehmende Vorschriften machen zu können. Unseren katholischen Brüdern muß es völlig klar sein, daß für die Orthodoxen allein eine solche Fragestellung unannehmbar ist.“

### Nähe zu Rom

Im Vergleich zu früheren Aussagen liegt hier eine deutliche Verhärtung der russischen Position vor. Daß sich andererseits die Russische Kirche, wie bei ihrem Beitritt zum Weltrat der Kirchen, so auch heute, dessen bewußt bleibt, daß ihr die römische Kirche in Glaubensfragen am nächsten stehe (vgl. Herder-Korrespondenz 20. Jhg., S. 431), zeigten ihre Vertreter auf der Sitzung des Zentralkomitees des Weltrats der Kirchen in Heraklion bei der Diskussion über das den Orthodoxen so teure Prinzip der Katholizität („Sobornostj“), in dem sie die eigentliche Gegenposition zum römischen Zentralismus erblicken. Sie verteidigten hier gegenüber protestantischen Einwänden die Auffassung, daß die Suche nach der Katholizität der Kirche zugleich die Suche nach ihrer Einheit in der Ökumenischen Bewegung ist und daß man den Terminus „Katholizität“ nicht etwa deshalb fallen lassen dürfe, weil die römische Kirche ihn für sich beanspruche, „denn, obwohl die römische Kirche die Katholizität auf ihre Weise interpretiert, bleibt sie doch in der Atmosphäre gesamtchristlicher Katholizität und versucht sie, diese Atmosphäre für sich reiner zu gestalten, wie aus der Tätigkeit des Zweiten Vatikanischen Konzils ersichtlich ist“ (JMP, Nr. 11, 1967, S. 67).